



Kriegsdienste verweigern – aber wie?

Mit dem Wehrpflichtmodernisierungsgesetz vom 5. Dezember 2025 wurde der Zwang zum Kriegsdienst wieder reaktiviert. Am gleichen Tag wurde der Antrag der Linken, die sogenannte Wehrpflicht ganz aus dem Grundgesetz zu streichen, von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Die Bundeswehr hat nicht genug Kasernen, um wie früher sofort ganze Jahrgänge einzuberufen. Deshalb beginnt sie seit Januar mit dem Fragebogen für den Geburtsjahrgang 2008. Jugendliche mit männlichem Geschlechtseintrag müssen ihn unter Androhung von Bußgeld ausfüllen, für Frauen ist das freiwillig.

Für Zwangsmusterungen des ganzen Jahrgangs hat die Bundeswehr noch nicht die Kapazitäten. Damit soll im Juli 2027 begonnen werden. Zunächst geht es angeblich noch um Freiwilligkeit. Doch allein schon Zwangsfragebögen und Zwangsmusterungen sind Zwang. Ein Gesetz für die Wiederaufnahme von Zwangseinberufungen, die sogenannte Bedarfswehrpflicht, ist jetzt schon eingeplant, falls sich weniger Freiwillige als ge-

wünscht melden. Je mehr die Kapazitäten der Bundeswehr wachsen, desto mehr Zwang ist vorprogrammiert.

Menschenrecht oder Ausnahmerecht?

Was ist die Rechtsgrundlage dafür, dass Menschen zum Kriegsdienst gezwungen und in Tod und Verstümmelung getrieben werden? Gelten denn nicht die Menschenrechte auf Leben und Freiheit und körperliche Unversehrtheit? Die Menschenrechtskonventionen von UN und Europarat verbieten Sklaverei und Zwangsarbeit. Doch Militärdienst und Militäersatzdienst sind ausdrücklich davon ausgenommen, ebenso wie Zwangsarbeit für Strafgefangene. Davon kann also kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) abgeleitet werden, solange es bei der für Staat und Militär so nützlichen Ausnahme bleibt.

Das staatlich und international anerkannte Recht auf KDV wird von der Religions- und Gewissensfreiheit abgeleitet. Darauf bezieht sich auch Art. 4,3 GG. Das Recht auf KDV wird darin dreifach eingeschränkt. Es darf nur der Kriegsdienst mit der Waffe verweigert werden, aber nicht Kriegsdienst ohne Waffe.

Es darf nur aus Gewissensgründen verweigert werden. Was als Gewissensgrund gilt, legt der Staat fest und er entscheidet, ob bei Antragstellern Gewissensgründe vorliegen. Anerkannte Militärdienstverweigerer müssen einen Ersatzdienst leisten. Es handelt sich also um ein Ausnahmerecht für Menschen mit bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen, deren Vorhandensein vom Staat attestiert wird.

Wäre KDV ein Menschenrecht, müsste es für alle Menschen gelten, ohne Diskriminierung nach Persönlichkeitsmerkmalen oder Überzeugungen. Und man würde für die Inanspruchnahme nicht bestraft.

Leitbild fürs heutige KDV-Recht sind

Ausnahmeregeln der frühen Neuzeit für Angehörige strikt gewaltfreier christlicher Gruppen. Verweigerer müssen im Kern ihrer Begründung darlegen, dass ihr Gewissen ihnen das Töten verbietet. Andere Gründe, wie z. B. das Interesse, selbst nicht getötet zu werden, oder rationale Gründe gegen Krieg oder gegen die eigene Beteiligung daran gelten nicht als Gewissensgründe und führen nicht zur Anerkennung. Es geht keineswegs darum, ob der Einzelne Militärdienst leisten will, sondern darum, ob er Militärdienst leisten kann.

Totale Kriegsdienstverweigerung

Totale Kriegsdienstverweigerer leisten zivilen Ungehorsam gegen alle Aspekte des Kriegsdienstzwangs: Erfassung, Musterung, Gewissensprüfung, Militärdienst, Ersatzdienst, Wehrüberwachung und Zivildienstüberwachung. Sie lehnen den Ersatzdienst als Freiheitsberaubung und Ausbeutung ab und weil er Militär und Krieg unterstützt. Im Kriegsfall leisten Ersatzdienstleistende unbewaffneten Dienst für den kriegführenden Staat. In Friedenszeiten stützt der Ersatzdienst das Militär, indem er von Militärdienstverweigerung abschreckt. Würden Verweigerer nicht zu Ersatzdienst gezwungen, wären die Zwangssoldaten höchst unzufrieden. Nicht zuletzt zerstört der Ersatzdienst Arbeitsplätze und verschlechtert Arbeitsbedingungen.

Aus dem Inhalt:

- Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung, Aktionen 12.-16. Mai
- **Demonstration: Keine Mittelstreckenwaffen, nirgends!**
Wiesbaden, Samstag, 30. Mai, Hbf. 12.30 Uhr
- Gefangene für den Frieden, Zornheim, 5. Dezember
- Weder Schah noch Mullah. Nein zum Angriff von USA und Israel
- Militarisierung und Kriegsgefahr

Fahnenflucht (Bundeswehr) und Dienstflucht (Zivildienst) können mit bis zu 5 Jahren Gefängnis bestraft werden. In der Praxis blieb die Anzahl der Gefängnismonate meist einstellig. Angesichts dieser Repression war in Deutschland die Totale KDV eine Randerscheinung. Doch in Spanien wurde sie in den 1990ern eine Massenbewegung, die letztendlich die Abschaffung des Kriegsdienstzwangs erreichte.

Schulstreiks und Fragebögen

Bei den „Schulstreiks gegen Wehrpflicht“ haben Zehntausende zivilen Ungehorsam gegen den Zwang zum Kriegsdienst praktiziert, Nachteile riskiert und inzwischen auch Repression erfahren. Es wurden bisher Bußgelder von 20 € verhängt. Höhere Bußgelder sind möglich.

Wenn Jugendliche wegen Schulstreiks Bußgelder riskieren, werden sie auch das Ausfüllen des Bundeswehr-Fragebogens verweigern, wobei gleichermaßen Bußgelder drohen? Im Februar 2026 war nur ein Viertel der Zwangsfragebögen zurückgekommen. Es bleibt abzuwarten, wie viele den Fragebogen nicht ausfüllen werden und wie die Bußgeldverhängung praktiziert werden wird. Die Erfahrung zeigt: Ziviler Ungehorsam wirkt am besten, wenn er nicht isoliert, sondern gemeinsam und öffentlich ausgeübt wird. Diejenigen, die so mutig sein werden, verdienen auf jeden Fall Solidarität und Unterstützung.

Der Fragebogen soll online ausgefüllt und abgeschickt werden. Wenn man auf die erste Aufforderung des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr nicht reagiert und den Fragebogen nicht ausfüllt, passiert zunächst einmal gar nichts. Eine zweite Aufforderung enthält dann eine Frist, in der der Fragebogen auszufüllen ist. Wird diese Frist nicht eingehalten, kann ein Bußgeld verhängt werden. Ob das gemacht wird, liegt im Ermessen der Behörde. Man kann auch verlangen, den Fragebogen schriftlich zu erhalten. Das wäre ein Sandkörnchen im Getriebe der Militärmaschinerie.

Wer den Fragebogen ausfüllt, aber kein Interesse an einem Dienst in der Bundeswehr hat, sollte es so tun, dass zwar alles plausibel ist, aber man möglichst ungeeignet für die Bundeswehr erscheint. An der Stelle, wo nach „Interesse am Dienst als Soldatin oder Soldat“ auf einer Skala von 0 bis 10 gefragt wird, bedeutet 0 „kein Interesse“. Wer „0“ einträgt, muss die weiteren Fragen nicht mehr beantworten.

Zwangsmusterungen

Die nächste Eskalationsstufe sind die für 2027 angekündigten Zwangsmusterungen. Hier gibt es mehrere neue Entwicklungen. Das neue Kriegsdienstverweigerungsgesetz bestimmt, dass die Weigerung, an der Musterung mitzuwirken, ein Grund ist, einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung abzulehnen. Zuvor war die Musterung lediglich die Voraussetzung dafür, dass ein Antrag auf Kriegsdienstverweigerung behandelt werden konnte, weil die Bundeswehr sich logischerweise nur für Taugliche interessiert. Untaugliche haben ja nichts zu verweigern. Aber die Musterungsverweigerung war kein expliziter Ablehnungsgrund im KDV-Verfahren. Wer früher nicht zur Musterung erschien, wurde

von der Polizei zur Musterung verschleppt und dort „nach Augenschein“ für tauglich erklärt. Rechtlich gab es keinen Zusammenhang mit dem KDV-Anerkennungsverfahren. Die neue Bestimmung zeigt, dass jetzt mit mehr Widerstand gegen die Zwangsmusterung gerechnet wird. Es ist bezeichnend, dass jemand, der mit Musterungsverweigerung ein

Über meine erste Gewissensprüfungsverhandlung hatte ich damals in Friedlicht Nr. 20 (1985) berichtet. Doch über die Musterung, die Psychoterror mit körperlichem Übergriff kombiniert hatte, hatte ich nichts geschrieben und kaum gesprochen. Wer gibt schon gern die höchst abfälligen Bemerkungen der Musterungsärztin, die bösartiger war

als die Gewissensprüfer, über das eigene körperliche Erscheinungsbild wieder? Tauglich war ich trotz des Verdammnisurteils der Musterungsärztin, wohl nach dem Motto: „Eigentlich total untauglich, aber als Kanonenfutter reicht's.“

14 Jahre ohne Zwangsmusterungen haben offensichtlich die diesbezügliche gesellschaftliche Gehirnwäsche abgeschwächt. Die Musterung wird kritischer gesehen, vor allem das ausführliche Begrapschen der Hoden. Diese Prozedur wird zunehmend als medizinisch sinnlos eingestuft. Doch die Hauptfunktion ist ohnehin die Demütigung. Schließlich ist die Musterung die Fleischschau des angehen-

den Kanonenfutters, dem demonstriert wird, dass es hilflos ausgeliefert ist. Unter pädagogischen und bildungspolitischen Fachleuten wächst inzwischen die Kritik. Auch die Unabhängige Bundesbeauftragte gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen widmet sich dem Thema.

Bei Frauen bleibt bei Musterungen die Unterwäsche an und ihre Genitalien werden nicht durchgesehen. Sie sollen schließlich als Freiwillige für die Bundeswehr gewonnen und nicht vergault werden.

Auch bei den Zwangsmusterungen bleibt abzuwarten, ob sich Widerstand entwickelt und ob 2027 junge Männer wie früher gewaltsam zur Musterung verschleppt werden.

Antrag auf KDV?

Viele stellen jetzt einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer oder es wird ihnen empfohlen. Für diejenigen, die schon ins besondere Gewaltverhältnis Bundeswehr hineingeraten sind, also Reservist:innen und Soldat:innen, ist das meist ratsam. Soldat:innen, die der Bundeswehr Ausbildungskosten zurückerstatten müssten, wenn sie infolge eines Antrags auf KDV die Bundeswehr verlassen, sollten sich beraten lassen, ob es einen anderen Weg gibt.

Bei allen anderen hängt es von vielen Faktoren ab, auch dem Jahrgang, ob und vor allem wann ein Antrag auf KDV sinnvoll ist.



Untauglich wegen Inkontinenz

Cabu (ermordet 2015 beim Anschlag auf Charlie Hebdo)

Zeichen gegen Krieg und Zwangsdienst setzt, gerade deswegen nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden kann, während derjenige, der sich bereitwillig der militärischen Musterung unterwirft, eine Chance auf Anerkennung erhält.

Doch kaum war das Gesetz in Kraft getreten, tauchte eine Kann-Bestimmung auf, wonach KDV-Anträge auch dann bearbeitet werden können, wenn noch keine Musterung stattgefunden hat. Überraschenderweise wird diese Kann-Bestimmung seit Januar angewendet, befristet bis maximal 2027. Ob sie angewendet wird, liegt im Ermessen der Behörden. Offensichtlich will die Bundeswehr ihre knappen Musterungskapazitäten für diejenigen nutzen, die sich freiwillig zur Bundeswehr melden. Unklar ist, ob und wann diejenigen, deren KDV-Anträge ohne Musterung bearbeitet werden, irgendwann doch gemustert werden.

In der Vergangenheit wurde diese demütigende Prozedur auch von der Kriegsdienstverweigerungsbewegung nicht thematisiert. Die Kritik konzentrierte sich auf die anschließende oft brutal durchgeführte mündliche Gewissensinquisition. Und niemand spricht gerne über erlittene Demütigungen in einer Gesellschaft, die vieles, was im Zivilleben als unerträglich, menschenverachtend und skandalös gilt, als vollkommen normal hinnimmt, wenn es mit Militär zu tun hat.

Zu bedenken ist, dass die staatliche Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer nur von der Militärdienstpflicht, aber nicht von der Zivildienstpflicht befreit. Gesetzlich ist vorgesehen, dass Antragsteller Musterung und Gewissensprüfung über sich ergehen lassen müssen. Doch seit Januar 2026 wird, wie oben erwähnt, überraschenderweise die erwähnte Kann-Bestimmung praktiziert, wonach Anträge auf KDV auch ohne vorherige Musterung bearbeitet werden können. Unter denjenigen, die bisher keinen Antrag gestellt haben, weil sie sich nicht ohne zwingenden Grund der Musterung aussetzen wollten, kann das die Güterabwägung ändern.

Das Beispiel zeigt, wie schnell sich die Umstände ändern können, die sich wiederum je nach Jahrgang unterschiedlich auswirken können. Es ist zu erwarten, dass sie sich in den nächsten Jahren noch öfter ändern werden, denn die gegenwärtig beschränkten Kapazitäten der Bundeswehr zur Durchführung von Musterungen und zur Unterbringung von Rekrut:innen sollen ausgebaut werden. Das betrifft nicht nur die Gesetzeslage, die sich mit dem schon eingeplanten Gesetz zur Bedarfswehrpflicht deutlich ändern wird, sondern noch viel mehr die aktuelle Behördenpraxis. Es müssen sowohl die gegenwärtige Situation, aber auch sich abzeichnende Entwicklungen beachtet werden. Bei jedem Schritt ist es ratsam, die Vor- und Nachteile und auch die Auswirkungen auf die Zukunft sorgfältig abzuwägen. Was jetzt ratsam und richtig erscheint, kann sich unter veränderten Umständen als ungünstig erweisen.

Prioritäten?

Letztendlich hängt das eigene Vorgehen davon ab, was man selbst anstrebt: Will man so wenig Kriegs- und Zwangsdienst, Musterungen und Gewissensprüfungen wie möglich über sich ergehen lassen? Oder strebt man die staatliche Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer an, unter Inkaufnahme von Gewissensprüfung, unter Umständen auch von Musterung und Zivildienstleistung? Dass im Spannungs- und Verteidigungsfall ein Antrag auf KDV eine Einberufung zur Bundeswehr nicht mehr aufschiebt, ist für viele ein wichtiger Faktor.

Für diejenigen, die sich von Musterungen, Gewissensprüfungen, Bundeswehr- und Zivildienst möglichst frei halten wollen, ist ratsam, sich erstens politisch dafür zu engagieren, dass die kommenden Zwangsmaßnahmen vielleicht doch nicht kommen, und zweitens Wege zu suchen und zu nutzen, um die Dienstpflicht zu umgehen, von Ausmusterung bis Umzug ins Ausland und vielem anderen. Auf diesem Weg würde man einen Antrag auf KDV erst dann stellen, wenn sich keine andere praktikable Möglichkeit ab-

zeichnet, der Bundeswehr zu enttrinnen.

Wenn man es für das Wichtigste hält, als anerkannter KDVer im Spannungs- und Verteidigungsfall nicht zur Bundeswehr einberufen werden zu können, ist ein Antrag auf KDV zur eigenen Absicherung sinnvoll.

Viel hängt bei dieser Güterabwägung davon ab, für wie wahrscheinlich man die Verkündung des Spannungs- oder Verteidigungsfalls hält und wie man ihn sich vorstellt. Niemand kann das wissen. Bei einem plötzlichen Atomkrieg würden sich Einberufungen schnell erübrigen. Relevant wäre die Anerkennung als KDVer bei einem konventionellen Abnutzungskrieg wie in der Ukraine mit einer Front, die Tag für Tag mit neuem Kanonenfutter beliefert wird, oder wenn, wie der CDU-Politiker Kiesewetter 2025 angesichts von Drohnensichtungen gefordert hat, aus geringfügigem Anlass der Spannungsfall ausgerufen würde. Der Bundesgerichtshof entschied 2025, dass ein ukrainischer KDVer in die Ukraine ausgeliefert werden darf, obwohl dort das Recht auf KDV abgeschafft wurde, da sich die Ukraine in einem Verteidigungskrieg befindet. Damit hat der BGH das Recht auf KDV frontal angegriffen und die Frage aufgeworfen, ob sich der deutsche Staat im Krieg an seine eigenen Gesetze halten wird.

Zeitpunkt der Antragstellung?

Bei der Frage, ob und wann es empfehlenswert ist, einen Antrag auf KDV zu stellen, gehen die Meinungen jetzt, im März 2026, auseinander.

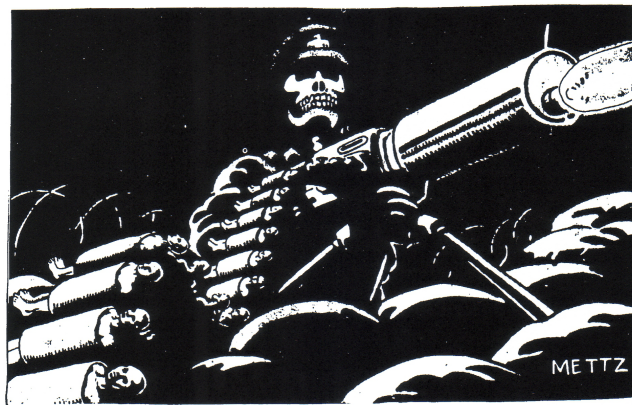
Als Gründe für eine frühe Antragstellung werden genannt: Die Anerkennung verschafft Gewissheit im Hinblick auf den Spannungs- und Verteidigungsfall. Sie sei ein politisches Signal gegen die Kriegstüchtigkeit und Sand im Getriebe. Die Anerkennungsquote ist bei guter Beratung momentan sehr hoch, was sich später ändern kann. Es sei auch günstig, dass vorübergehend KDV-Anträge auch ohne vorherige Musterung bearbeitet werden.

Doch andere fragen, warum Menschen, die nach jetziger Rechtslage keine baldige Einberufung zur Bundeswehr zu befürchten haben, sich ohne Not von sich aus mit einem Antrag auf KDV ins Kriegs- und Zwangsdienstsystem hineinbegeben sollen.

Was die einen für Sand im Getriebe halten, sehen andere als Öl im Getriebe. Eine frühe KDV-Antragstellung spiele der Kriegsmaschinerie eher in die Hände als das Abwarten. Denn die Kriegsplanung stützt sich sowohl auf die militärische als auch auf die

zivile Säule. Man muss sich auch fragen, warum die Antragstellung gerade jetzt so erleichtert wird. Der Staat sieht sie jedenfalls nicht als Beeinträchtigung der Kriegstüchtigkeit. Ein Grund sind die knappen Musterungskapazitäten der Bundeswehr, die für diejenigen genutzt werden sollen, die zur Bundeswehr wollen.

Zu bedenken ist auch, welche Auswirkungen ein jetzt gestellter Antrag später haben kann. Wer jetzt als KDVer anerkannt wird,



kann bei der zu erwartenden Reaktivierung der Zwangseinberufungen unverzüglich zum Zivildienst einberufen werden. Eine Zeitlang könnte eine ähnliche Lage eintreten wie in den Nullerjahren, als die Bundeswehr nur einen kleinen Teil des Jahrgangs einberufen konnte. Anerkannte KDVer landeten damals im Zivildienst, aber wer keinen Antrag auf KDV gestellt hatte, hatte gute Chancen, sowohl Bundeswehr als auch Zivildienst zu entgehen. Manche spekulieren, dass dann nur der jeweilige aktuelle Jahrgang einberufen würde. Doch warum sollten potenzielle Zivildienstleistende nicht einberufen werden, wenn es rechtlich und organisatorisch möglich ist?

Unklar ist, ob diejenigen KDVer, die jetzt nicht gemustert werden, später doch noch gemustert werden, z. B. bei einer bevorstehenden Einberufung zum Zivildienst. Vor 2011 war zu beobachten, dass Gemusterte mit größerer Wahrscheinlichkeit als tauglich eingestuft wurden, wenn bekannt war, dass sie einen Antrag auf KDV gestellt hatten. Deshalb wird grundsätzlich empfohlen, einen Antrag auf KDV erst nach der Musterung zu stellen. Auch bei anerkannten KDVeren, die nachträglich gemustert werden, ist zu erwarten, dass sie de facto nur im Hinblick auf den Zivildienst, aber nicht auf den körperlich anspruchsvolleren Militärdienst untersucht würden, auch wenn rechtlich die Tauglichkeitsanforderungen gleich sind.

Es kann sich auch lohnen, die Bearbeitungszeit eines KDV-Antrags taktisch einzusetzen, um Zeit zu gewinnen, z. B. bis ein Zurückstellungsgrund eingetreten sein wird wie eine Ausbildung oder für einen geplanten Umzug ins Ausland oder dergleichen.

Eine Möglichkeit ist, einen Antrag auf KDV mit allen nötigen Unterlagen vorzubereiten, ihn aber erst dann abzuschicken, wenn er nötig ist, um dem Bundeswehrdienst zu entgehen, oder wenn er in die Lebensplanung passt.

Ziviler Ungehorsam

Manche sehen es als Priorität, sich jetzt den beginnenden Zwangsmaßnahmen, aktuell der Erfassung durch Fragebogen, später den Zwangsmusterungen, zu widersetzen. Der Provisorische anarchistische Antikriegsrat in Berlin meint: „Eine Verweigerung des Dienstes an der Waffe ist in dem Vorstadium der Wehrrfassung noch zu früh. Mit einer Verweigerung wirst du automatisch wehrrfasst und bist in der Militärmaschine integriert. Wir raten von einer Verweigerung ab, solange du dich der Wehrrfassung noch erfolgreich widersetzt. Du kannst auch nach (!) der Musterung – wenn es denn soweit käme bei dir, weil du überhaupt nicht kooperierst mit dem Militär – problemlos und ohne Nachteile noch verweigern.“

Aus dieser Perspektive ist es wichtig, wenigstens zu versuchen, den Kriegsdienstzwang zu bekämpfen, statt die kommenden Zwangsrekrutierungen als unabänderlich hinzunehmen.

Was ist politisch?

Bei einer Schulstreik-Kundgebung berichtete ein alter Friedensaktivist, dass er einst vor Jahrzehnten zahlreiche KDVer erfolgreich beraten hat, selbst aber keinen Antrag gestellt, sondern „politisch verweigert“ hatte. Einen

Tag später hörte ich von einem heutigen KDV-Berater, dass er die KDV-Antragstellung als politische Aktion und Signal gegen Kriegstüchtigkeit begreift, aber nicht das „Durchmogeln“, womit er die Vermeidung von Kriegs- und Zwangsdienst unter Nutzung legaler Mittel meint. Ganz offensichtlich sehr unterschiedliche Auffassungen von „politisch“. Mir wurde einmal entgegengehalten, dass ich nicht politisch, sondern menschenrechtlich argumentiere. Dabei wurde nicht bedacht, dass genau die Durchsetzung von Menschenrechten das Ziel politischen Handelns sein kann.

Es bringt wenig, das eigene Handeln als politisch zu adeln und das der anderen als unpolitisch abzuqualifizieren. Jedes Handeln in einem Bereich, der Gegenstand politischer Auseinandersetzung ist, hat politische Auswirkungen, unabhängig von der Absicht der Handelnden.

Wer Freiheit und Wohlergehen des Individuums als politisches Ziel an sich sieht und gemäß dem Motto "Keinen Mann, keine Frau für Militär und Krieg" bestrebt ist, Kriegs- und Zwangsdienst grundsätzlich zu bekämpfen sowie anderen Menschen zu helfen, dem zu entgehen, wird alles, was dazu beiträgt, als politische Aktion begreifen, sowohl den zivilen Ungehorsam als auch die praktische Dienstumgehung.

Das schließt nicht aus, auch KDV-Anträge zu würdigen. Sie können als Signal gegen Kriegstüchtigkeit und Aufrüstung gesehen werden, allerdings nur bedingt, weil Militärsatzdienst und Gewissensprüfung dadurch nicht in Frage gestellt werden. Die Anerken-

Kriegsdienste verweigern!

Antimilitaristischer Ratgeber zur Kriegsdienstverweigerung

IDK-Verlag Berlin 2026,
ISBN 978-3-9824246-4-4, 56 S. 5 €
Zu beziehen über den Buchhandel oder
direkt zzgl. Versandkosten bei der IDK
www.idk-info.net. Erhältlich an
Infoständen und bei Veranstaltungen der
DFG-VK Mainz-Wiesbaden

nung als KDVer bringt zumindest eine humanitäre Erleichterung im Vergleich zu Militärdienst oder Gefängnis, vor allem für diejenigen, die eine Totale Kriegsdienstverweigerung zwar für politisch richtig halten, aber die damit verbundene Repression scheuen. Das könnte man auch als Durchmogeln diffamieren. Diffamieren sollte man aber diejenigen, die Menschen in solche Situationen zwingen.

Information und Beratung wichtig

Für die vom Kriegsdienstzwang direkt Betroffenen ist es wegen der Komplexität des Themas unerlässlich, sich gut über ihre Optionen und die jeweilige aktuelle Lage zu informieren, sich der eigenen Prioritäten bewusst zu werden und sich gut beraten zu lassen. Das gilt sowohl bei der Abwägung, wie man vorgehen will, als auch konkret beim Antrag auf Anerkennung als KDVer, vor allem für die Abfassung der Begründung. Umgekehrt ist es Aufgabe der KDV-Beratung, über alle Optionen gleichermaßen zu informieren.

Gernot Lennert (Stand März 2026)



Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung

Stell dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin!

Zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai 2026 rufen wir zum Protest gegen den „neuen Wehrdienst“ und alle Kriegsdienste in Deutschland und weltweit auf!

Wir wollen nicht zum Töten anderer Menschen ausgebildet werden.

Wir wollen keine Zwangsdienste.

Die Verfolgung von Menschen, die keine Waffe in die Hand nehmen wollen, muss aufhören – insbesondere in Kriegsgebieten.

Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht!

Wer dennoch verfolgt wird, muss Schutz und Asyl erhalten.

Für eine Welt, in der alle Menschen sicher und in Frieden leben können!

In den Tagen rund um den 15. Mai wird es weltweit Aktionen und Veranstaltungen geben.

Bis Redaktionsschluss bekannt gewordene Termine im Rhein-Main-Gebiet:

Frankfurt/M., Dienstag, 12. Mai 2026: Kundgebung 18 Uhr, Römerberg
Mainz, Samstag, 16. Mai 2026: Kundgebung 14 Uhr, Gutenbergplatz

Weitere und aktualisierte Informationen:

kdv-tage.dfg-vk.de/www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/tagkdv2026

Weiter in den Abgrund?

2026 begann mit völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und exzessiver Gewalt. Russland führt den Eroberungskrieg gegen die Ukraine nach vier Jahren weiter. Russland könnte den Angriff jederzeit beenden, fordert stattdessen sogar ukrainische Gebiete, die es nicht erobert hat.

Die USA überfielen Venezuela, entführten seinen Präsidenten und ermordeten Schiffsbesatzungen in der Karibik und im Pazifik. Trump drohte noch aggressiver mit Annexion von Kanada und Dänemark. Die VR China droht mit der Eroberung Taiwans. Die Islamische Republik Iran massakrierte Zehntausende Menschen. Jetzt, im März 2026, führen die USA und Israel einen eskalierenden völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Iran, der zusammen mit der Hisbollah den Krieg auf am Angriff unbeteiligte Staaten ausdehnt.

Donroe-Doktrin

Die USA hatten 2013 erklärt, die Ära der Monroe-Doktrin sei vorbei. Donald Trump radikalisiert sie und nennt seine aggressive Interpretation geltungssüchtig Donroe-Doktrin. 1823 wandte sich US-Präsident Monroe gegen weitere europäische Kolonisierung Amerikas. Anlässe waren Russlands Vordringen von Alaska aus entlang der Westküste Nordamerikas sowie die drohende Rückeroberung der ehemaligen Kolonien Spaniens und Portugals. In Erweiterung der Doktrin beanspruchten die USA ganz Amerika als exklusive Interessensphäre, was Trump nutzt, um den Einfluss der VR China zurückzudrängen.

Von verbliebenen europäischen Kolonien in Amerika darf keine Gefahr für die USA ausgehen. Als das Deutsche Reich sich für die dänischen westlichen Jungfern-Inseln (Virgin Islands) interessierte, drohten die USA mit Krieg und kauften 1917 die Inseln selbst. Der Verkauf Grönlands kam in der Kolonialzeit nicht mehr zustande. Heute widerspricht er dem Selbstbestimmungsrecht. Für die USA wäre es dumm, ein Gebiet zu annektieren, das die USA ohnehin schon militärisch nutzen können.

Globale Geopolitik

Die Monroe-Doktrin impliziert nicht, dass die USA sich isolationistisch von anderen Erdteilen fern halten und anderen Mächten Großräume als Einflusszone gönnen. Eurasien gilt als entscheidend für die Weltpolitik. Es darf aus Sicht US-amerikanischer Geostrategen nicht von einer feindlichen Macht beherrscht werden. Deshalb dürften vor allem die Küstengebiete Eurasiens von Westeuropa

bis Ostasien nicht unter feindliche Kontrolle fallen. Diesem Konzept folgte in den 50er Jahren die Politik der Eindämmung und Einkreisung der kommunistischen Staaten Eurasiens durch NATO, CENTO und SEATO sowie die US-Kontrolle von Taiwan, Süd-Korea und Japan. Dem Immobilienmakler und Dealmaker Trump ist zuzutragen, dass er die Ukraine teilweise Russland überlässt. Aber er will sicherlich nicht die vorhandene globale Stellung der USA und ihr weltweites Stützpunktnetz aufgeben.



Ein gegenteiliges geopolitisches Konzept ist der vom Faschisten Alexander Dugin in Russland vertretene Eurasismus. Ein diktatorisch regiertes Eurasien unter russischer Führung soll den atlantischen Seemächten entgegentreten. Ideologisch wendet sich der Eurasismus gegen Liberalismus, Individualismus, Aufklärung und emanzipatorische Ideen und stößt auf Sympathie bei Gleichgesinnten in Westeuropa.

Exzessive Kriegspolitik im Niedergang

Die USA expandierten territorial in Nordamerika und sicherten sich strategisch wichtige Punkte im Karibischen Becken und im Pazifik. Ihre Hegemonie nach dem 2. Weltkrieg beruhte auf Bündnissen, internationalen Organisationen, dem attraktiven American Way of Life und der Gemeinsamkeit liberaler Demokratien, wobei antikomunistische Diktaturen auch genutzt wurden. Die Grundlagen der einstigen US-Hegemonie werden vom Trump-Regime brachial niedergeworfen. Die USA selbst werden zu einem illiberalen, repressiven und autoritären Staat. MAGA-Bewegung und Techno-Oligarchen paktieren mit rechten und faschistischen Kräften anderswo. Einst engste Verbündete werden von den USA wie Feinde behandelt, mit Krieg und Annexion bedroht und permanent erpresst und gedemütigt. Dem Trump-Regime gelten sowohl die liberale Demokratie als auch das Ideal einer kooperativen Weltordnung als Feind. Der Geostratege Brzezinski sah die EU als den unverzichtbaren "demokratischen Brückenkopf" der USA in Eurasien. Doch was soll ein faschistoides Regime mit einem demokratischen Brückenkopf? Für Trump und Putin ist die EU ideologisch, ökonomisch und geopolitisch ein feindlicher Konkurrent. Sie wünschen sich stattdessen leicht beherrschbare autoritär regierte isolierte Nationalstaaten.

Trump verachtet Völkerrecht und internationale Organisationen. Stattdessen schafft er

ihm persönlich huldigende Gremien wie *Board of Peace* für den Gazastreifen und *Shield of the Americas* mit ultrarechten und unterwürfigen Regierenden Lateinamerikas und der Karibik.

Schon die destruktiven und planlosen Chaos-Kriege der USA seit 2001 in Afghanistan, dem Irak, Libyen und Syrien hinterließen Verwüstung und tödliches Chaos. Der Irakkrieg ist noch irrsinniger und gefährlicher. Statt rationaler Kriegsziele hört man wechselndes wirres widersprüchliches Zeug.

Im Krieg gegen den iranischen Gottesstaat zeigt sich die US-Kriegsmaschinerie irrational und religiös. US-Truppen wurde verkündet: „Präsident Trump wurde von Jesus gesalbt, um das Signalfeuer im Iran zu entzünden,

um Armageddon zu verursachen und seine Rückkehr zur Erde zu markieren.“ Der Krieg sei Teil von Gottes Plan. Kriegsminister Hegseth, Exponent der ideologischen Strömung des Christlichen Nationalismus, präsentiert stolz seine Kreuzzugs-Tätowierungen.

Weltweite Verrohung

Die Großmächte USA, Russland und VR China wenden sich gegen das Völkerrecht, Menschenrechte, Demokratie und den Gedanken friedlicher Kooperation. Stattdessen praktizieren und propagieren sie das brutale Recht des Stärkeren. Sie beanspruchen Einflusszonen und fordern Annexionen. Kleinere Mächte ebenso. Die internationale Politik wird in die Ära vor dem 2. Weltkrieg zurückgestoßen. Das US-Verteidigungsministerium heißt wieder Kriegsministerium – ehrlich, aber erschreckend, wie auch die Kriegstüchtigkeit in Deutschland. Trump droht mit Bombardierung "just for fun".

Nationalismus und Unberechenbarkeit

An Stelle des Leitbilds der multilateralen gleichberechtigten friedlichen internationalen Kooperation tritt die multipolare Konkurrenz. Empirisch ist erwiesen, dass liberale Demokratien so gut wie nie Kriege gegeneinander führen. Diktaturen, deren Zahl wächst, können sich temporär verbünden. Wenn alle auf Kosten anderer „great again“ werden wollen, ist Konflikt vorprogrammiert. Nationalismus führt zu Krieg.

Kriege werden oft aufgrund von Fehleinschätzungen begonnen wie z.B. der Ukraine-Krieg, der als schneller triumphaler Einmarsch gedacht war. Während Russland und die VR China bekannten ideologischen und geopolitischen Mustern folgen, ist die Politik der USA unter Trump vollends unberechenbar geworden. Gerade deshalb wächst die Kriegsgefahr immens.

Gernot Lennert

Militarisierung und Kriegsgefahr

Vor zwei Jahren hatte ich an dieser Stelle Befürchtungen geäußert, dass die gezielt geschürte Kriegshysterie und die Schuldenaufnahme für die Aufrüstung Deutschland in einen innen- und außenpolitischen Albtraum stürzen werden. Nun ist es Zeit, Bilanz zu ziehen: Haben sich die Befürchtungen bewahrheitet?

Um es vorwegzunehmen: Es ist alles noch viel schlimmer gekommen. Statt zwei Prozent sollen die europäischen Staaten jetzt fünf Prozent ihres BIP für Rüstung ausgeben. Für Deutschland wären das pro Jahr etwa 220 Milliarden Euro, die schon 2029 erreicht werden sollen und eine Vervierfachung gegenüber 2022 bedeuten. Die Nato-Mitgliedsländer leisteten keinen Widerstand, als der frischgebackene US-Präsident Donald Trump im vergangenen Jahr diese Forderung erhob, und stimmten bei ihrem Gipfeltreffen in Den Haag mit Ausnahme von Spanien zu.

Deutschland stand schon bei Beginn der russischen Ukraine-Invasion auf Platz vier der weltweit größten Militärausgaben. Dennoch meinte Verteidigungsminister Pistorius 2023, wir hätten „keine Streitkräfte, die verteidigungsfähig sind“, und Oberst Wüstner vom Deutschen Bundeswehrverband nannte die Bundeswehr letztes Jahr in einer Talkshow „blanker als blank“. Natürlich stellt sich die Frage, wohin all die Milliarden geflossen sind. Erinnerungen werden wach an die intransparente Vergabe von Beraterverträgen im Wert Hunderter Millionen Euro durch die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, inklusive Löschung von Handydaten (ein Schema, das sie als EU-Kommissionspräsidentin erfolgreich beim Kauf von Pfizer-Impfstoffen wiederholte, nur dass die Summen noch einmal um den Faktor 100 höher waren). Das Problem hat aber System: 2021 betrug die durchschnittliche Verspätung bei Großprojekten 52 Monate und die geplanten Kosten wurden insgesamt um 12,9 Milliarden Euro überstiegen. Aus diesen Fehlplanungen haben die Verantwortlichen nicht gelernt, im Gegenteil werden sie den derzeitigen Geldregen wohl noch sinnloser verprassen: Der Löwenanteil wird in zahlreiche weitere hochpreisige Fregatten, Kampfflugzeuge und Panzer fließen, obwohl der Ukrainekrieg die Überlegenheit billiger Drohnen bewiesen hat. Wenn als Ziel vorgegeben wird, möglichst viel Geld auszugeben, ist kaum Sparsamkeit zu erwarten. Auch was sinnlos verschwendet wird, trägt zum „Fünf-Prozent-Ziel“ bei.

Ein großer Teil dieser Militärausgaben soll auch in die Infrastruktur fließen, damit

bei einem Krieg mit Russland die Nato-Soldaten schnell durch Deutschland hindurch transportiert werden können. Jahrelang stiefmütterlich behandelte Straßen, Brücken und Bahnstrecken sind auf einmal kriegswichtig und werden instandgesetzt. In und um Mainz und Wiesbaden entfaltet die Deutsche Bahn plötzlich einen solchen Sanierungseifer, dass Pendler ihre Nachbarstädte kaum mehr erreichen können. Wie der Aufmarsch von 800.000 Nato-Soldaten an die „Ostfront“ und der Rücktransport von angenommenen 1000 Verletzten täglich in deutsche Krankenhäuser im Kriegsfall ablaufen soll, steht im sogenannten „Operationsplan Deutschland“. Seine 1200 Seiten sind größtenteils geheim, weil sie reale Kriegsszenarien enthalten, daher kann über seinen Inhalt nur anhand des Ablaufs von Großübungen wie „Red Storm Bravo“ im Hamburger Hafen spekuliert werden: Außer Militärkonvois wurden dort im September letzten Jahres auch der Beschuss einer Korvette mit Hunderten Verletzten und die Unterdrückung einer Protestdemonstration eigens bestellter Statisten simuliert.

Nähere Einzelheiten der Zusammenarbeit zwischen Militär und Rettungsdiensten, Polizei oder anderen Behörden beschreiben Konzeptpapiere wie das „Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0“. Die Gesellschaft soll „resilient“ werden, indem sogenannte „Desinformation“ unterdrückt und bekämpft wird (ein Euphemismus für die Beschneidung der Meinungsfreiheit). Notfallpläne empfehlen den Bürgern, sich mit Lebensmitteln, Gas und Wasser für mehrere Tage zu bevorraten, um für längere Stromausfälle und andere unangenehme Begleiterscheinungen eines Krieges gewappnet zu sein. Privatunternehmen sollen ihre Beschäftigten für mehrere Tage oder Wochen abstellen, damit sie sich als Reservisten bei der Armee verpflichten können. Die Bundeswehr soll verstärkt an Universitäten und Schulen werben. Zivilklauseln an Universitäten und Hochschulen sollen aufgehoben werden. Die Krankenhäuser sollen sich stärker auf die Unfallchirurgie konzentrieren anstatt auf Fachgebiete, die eher Zivilisten zugutekommen, wie Pädiatrie, Onkologie oder Kardiologie.

Wozu das alles?

Offiziell dienen all diese Kriegsvorbereitungen nach wie vor der Abschreckung Russlands für den Fall, dass Vladimir Putin nach dem hypothetischen Ende des Ukraine-Krieges aus irgendeinem Grund beschließen sollte, ein Nato-Land anzugreifen. Gleichzeitig gelingt es einer „Koalition der Willigen“ (eine makabre Anspielung an den völkerrechtswidrigen Irak-Krieg) aus Großbritannien, Deutschland, Polen und einigen skandinavischen und baltischen Ländern seit geraumer

Zeit, die Friedensverhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und den USA durch die Androhung lahmzulegen, man werde nach dem Waffenstillstand unverzüglich „Friedenstruppen“ in der Ukraine stationieren. Und so drängt sich der Gedanke auf, dass der „Ernstfall“ vielleicht (und sogar mit weitaus höherer Wahrscheinlichkeit) durch eine Ausweitung des Ukraine-Krieges eintreten könnte, anstatt durch das gebetsmühlenartig wiederholte Szenario des Putin-Angriffs. Die Eskalation droht vor allem zu Wasser. Alle Mitglieder der „Koalition der Willigen“ sind Seemächte im Nord- und Ostseeraum. Mit jedem Sanktionspaket versucht die EU verzwelfelter, Russlands Öl- und Gashandel zu unterbinden. Die USA haben bereits offen die Seiten gewechselt und sind von Vorkämpfern für die Freiheit der Weltmeere und der Schifffahrtswege zu Verfechtern der Piraterie geworden, die venezolanische und iranische Schiffe versenken und kapern. Die Ukraine hat schon mehrere Tanker beschädigt oder versenkt, die für das Transportieren russischen Öls bekannt waren. Die EU geht vorsichtiger, aber umso systematischer vor: Schrittweise werden die russischen Öltransporter delegitimiert (als „Schattenflotte“, mögliche Saboteure und Umweltsünder), verboten und sanktioniert, bis die Kaperung und Beschlagnahmung als legitimes Mittel erscheint. Im Februar drohte Nikolai Patruschew, der Vorsitzende des Nationalen Maritimen Rates, Russland könne seine Marine einsetzen, um die Schiffe zu schützen. Am 1. März entführten die französischen und die belgischen Streitkräfte den Frachter „Ethera“ in den Hafen von Zeebrugge und forderten 10 Millionen Euro Kaution/Lösegeld. Stück für Stück gehen beide Seiten aufeinander los, ein Rückzieher erscheint unwahrscheinlich.

Bedrohliche Weltlage

In der öffentlichen Darstellung und der Wahrnehmung der Bevölkerung, wie sie bei Gesprächen mit Menschen in den Fußgängerzonen immer wieder zu Tage tritt, soll die europäische Aufrüstung uns vor gefährlichen Potentaten wie Trump und Putin schützen, die das Völkerrecht mit Füßen treten. Militärberater sprechen gerne von einer „strategischen Autonomie“, die Europa erreichen müsse. Die Wahrheit ist eine völlig andere. Trotz Trumps erratischer Politik äußern Kenner der Materie immer wieder, dass Europa ohne die USA nicht verteidigungsfähig ist und auch in absehbarer Zeit nicht sein wird. Alle europäischen Armeen sind organisatorisch stark in die Nato-Strukturen eingebunden. Der US-Kongress hat letztes Jahr erwirkt, dass die US-Regierung das Amt des obersten Nato-Generals nicht ohne seine Zustimmung an Ausländer vergeben kann. Alle

Nato-Pläne für einen Krieg mit Russland gehen von einer führenden Beteiligung des US-Militärs, der Nutzung amerikanischer Aufklärungsdaten und der Abschreckung durch das euphemistisch „Atomschirm“ genannte Nukleararsenal der Vereinigten Staaten aus. Genau das ist der Grund, warum sich die europäischen Staatenlenker ein ums andere Mal öffentlich demütigen lassen, um von Trump eine Zusage zu erhalten, dass die USA den Europäern im sogenannten „Bündnisfall“ nach Artikel 5 der Nato-Statuten beispringen werden. Was ein solches Bekenntnis in der Realität wert wäre, möge jeder selbst entscheiden, der Trumps Volten und Kapriolen der letzten Jahre miterlebt hat und weiß, dass

die USA seit dem Vietnam-Desaster besonders riskante Kriege meist über Stellvertreter durchführen.

Hinzu kommt der atomare Aspekt. Schon im Kalten Krieg sahen Nato-Übungen wie Wintex-Cimex den Abwurf von Atombomben auf deutschem Boden vor, während die USA offenbar hofften, ungeschoren davonzukommen. Mit der Einführung sogenannter „taktischer“ Atomwaffen ist inzwischen klar, dass die atomaren Supermächte Russland und USA einen Krieg mit diesen „kleineren“ Atomwaffen (die immer noch um ein Vielfaches größer als die Hiroshima-Bombe sein können) für führbar halten. Dass militärische Rollenspiele in allen realistischen Szenarien

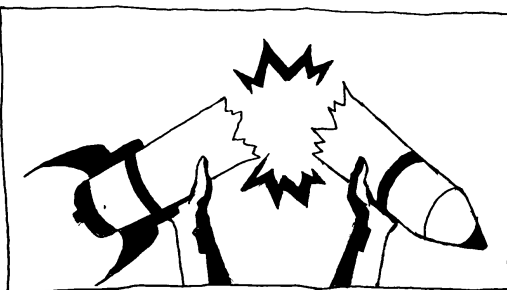
dann fast immer mit der totalen Vernichtung enden, scheint sie nicht ausreichend abzuschrecken. Einflussreiche russische Politologen wie Sergei Karaganow und Dmitri Trenin haben behauptet, die USA würden „Boston nicht für Poznań opfern“. Die Nato-Überlegenheit bei konventionellen Waffen würde bei einem direkten Krieg dazu führen, dass Nato-Truppen russischen Boden betreten oder massiv bombardieren würden, sodass aus russischer Sicht eine „existenzielle Bedrohung“ entstünde, die den Atomwaffeneinsatz rechtfertigt.

Also: Daumen drücken, dass wir in zwei Jahren noch einmal Bilanz ziehen können!

Jan Menning

Wiesbaden und Grafenwöhr wehren sich gegen Mittelstreckenwaffen Bundesweite Demonstrationen am Samstag, 30. Mai in Wiesbaden und Grafenwöhr

Wie beim NATO-Gipfel im Sommer 2024 bilateral vereinbart, sollen dieses Jahr US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationiert werden, unter anderem die Hyperschallrakete „Dark Eagle“, die in ca. 10 Minuten Moskau erreichen könnte. Darauf deuten sowohl Aussagen von Regierungsvertretern als auch der Bau eines „Operational Readiness Training Complex“ in Grafenwöhr hin, den sich die US Army 1,3 Milliarden US-Dollar kosten lässt. Die 2021 reaktivierte 56. Artillerie-Einheit, die in den 1980er Jahren für die Cruise Missiles zuständig war, soll von einem Kasernengelände im Ortszentrum des Wiesbadener Stadtteils Mainz-Kastel aus den Einsatz der Raketen und Marschflugkörper steuern. Den Oberbefehl hat der jeweilige US-Präsident, also derzeit der unberechenbare Donald Trump. Es handelt sich um konventionelle Angriffswaffen, die einen sogenannten Erst-, Entauptungs- oder Präventivschlag ermöglichen bzw. ihn provozieren und dadurch einen Atomkrieg auslösen können.



Weil die Wiesbadener und Mainzer in diesem Fall die ersten Opfer wären, hat sich das „Wiesbadener Bündnis gegen Raketenstationierung“ gegründet. Es informiert die Bevölkerung mit Infoständen und Expertenvorträgen und hat mehr als 1000 Unterschriften unter den Berliner Appell gesammelt. Es steht in engem Kontakt zu Friedensgruppen

in Franken und der Oberpfalz, weil der dortige Truppenübungsplatz Grafenwöhr vermutlich als Einsatzort für diese gefährlichen Waffen vorgesehen ist. **Deshalb mobilisieren Friedensgruppen bundesweit für zwei gleichzeitige Großdemonstrationen in Wiesbaden und Grafenwöhr am Samstag, dem 30. Mai 2026** in Anknüpfung an den Erfolg der Großdemonstration am 29.3.2025 in

Wiesbaden. Wir rufen alle Friedensfreund:innen auf, den Tag rot im Kalender anzustreichen und zahlreich zu erscheinen. Gemeinsam wollen wir ein starkes Zeichen des Protests setzen und den Stationierungsplänen eine Absage erteilen.

Jan Menning

**Wiesbaden, 12:30 Uhr Hauptbahnhof
Abschluss: 14:30 Uhr Kranzplatz
Grafenwöhr, 13:00 Uhr Stadtpark**

„Weder Schah noch Mullah. Für Selbstbestimmung. Nein zu den Angriffen von USA und Israel!“

Das war das Motto der Spontandemonstration in Mainz am 28.2.2026 angesichts des Kriegs gegen den Iran. In der Rede seitens der DFG-VK hieß es:

„Krieg ist grundsätzlich ein Verbrechen an der Menschheit. Der neueste Krieg der USA und Israels gegen den Iran ist vollkommen völkerrechtswidrig und verletzt sogar die Verfassung der USA. Er ist der jüngste Krieg in einer Reihe von Kriegen, die eine Welt durchsetzen sollen, in der nur noch die Macht des Stärkeren gelten soll.“

Die Kriegspropaganda will den Eindruck

vermitteln, dass nur militärische Ziele - und im Fall des Iran das islamistische Terrorsystem - angegriffen würden. Doch wenn Länder bombardiert werden, sterben die Menschen, die dort leben.

(...) Manche hoffen, den massenmörderischen Gottesstaat mit Krieg von außen beseitigen zu können. Das ist kaum zu erwarten. Dem oligarchischen Regime in den USA geht es um Macht- und Wirtschaftsinteressen. Wenn ein vorteilhafter Deal herbeigebombt werden kann, könnten sich Trump und sein Umfeld mit Teilen des Mullah-Regimes genauso arrangieren wie mit den Dschihadisten in Syrien und der jetzigen Führung in Venezuela.

Man muss hinzufügen: Bei Trump muss sogar damit gerechnet werden, dass Kriege

noch nicht einmal wegen rational nachvollziehbarer Interessen geführt werden, sondern wegen der Launen eines unberechenbaren ignoranten brutalen menschenfeindlichen geltungssüchtigen Präsidenten.

Der aus dem Iran stammende Redner Heshmat Tavakoli erklärte: „Der Widerstand im Iran zeigt uns, dass Veränderung von innen kommen muss – nicht durch Gewalt von außen, sondern durch Mut, Zusammenhalt und Hoffnung. Diese Menschen sind das wahre Gesicht der Freiheit. Darum sage ich: **Keine militärische Intervention! Keine Einmischung von außen! Unterstützung für alle, die im Iran für Freiheit, für Gerechtigkeit und gegen Unterdrückung kämpfen! Krieg bringt nur Elend – aber Solidarität bringt Leben, und Menschlichkeit bringt Zukunft.**“

Internet

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de
DFG-VK Hessen: www.dfg-vk-hessen.de
DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:
www.dfg-vk-hessen.de/bildungswerk
DFG-VK Rheinland-Pfalz:
www.dfg-vk-rlp.de
DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de
War Resisters' International:
www.wri-irg.org

Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweiger:innen,
Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteur:innen
Connection e.V.,
Hermann-Steinhäuser-Str. 43, 63065 Offenbach.

Tel. 069 82375534, Fax 069 82375535,
office@Connection-eV.de
www.Connection-eV.de

Radiosendung "Pazifissimus"

der DFG-VK Mainz-Wiesbaden, am Mittwoch
jeder ungeraden Kalenderwoche von 18 bis 19
Uhr im Programm von Radio Quer im
• Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz
• Digitalradio: DAB+ Kanal 12C
• Internet: www.radio-rheinwelle.de

Kriegsdienstverweigerungsberatung:

Frankfurt: kdv-ffm@dfg-vk.de, KDV-Beratung dienstags 19 Uhr,
Wittelsbacherallee 27
Mainz/Wiesbaden: kdv-mz-wi@dfg-vk.de
Trier: kdv-trier@dfg-vk.de
Kassel: kdv-kassel@dfg-vk.de
Aschaffenburg: kdv-ab@fau.org (FAU = Freie Arbeiter*innen-Union)

Informationen zur Kriegsdienstverweigerung deutscher Staatsangehöriger:

kdv.dfg-vk.de
www.bundeswehrabschaffen.de/unsere-themen/kriegsdienstverweigerung
www.idk-info.net/themen/kriegsdienstverweigerung

Nächster Schulstreik gegen

Wehrpflicht:

Donnerstag, 8. Mai 2026, am 81. Jahrestag
des Endes des 2. Weltkriegs in Europa

Links, Anmerkungen, Quellen gibt es unter
www.dfg-vk-mainz.de/f170

Aufspielen zum Abrüsten:

Die Musikaktionsgruppe Lebens-
laute bereitet erneut eine Konzertak-
tion gegen die Stationierung der
Mittelstreckenraketen vor:
Für die Zeit vom 2. bis 7.
Oktober 2026 in Mainz-Kastel.

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Sektion der War Resisters' International (WRI)

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz-Saar

Landesverband Hessen & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.

Wittelsbacherallee 27, 60316 Frankfurt, Tel. 069 431440
www.dfg-vk-hessen.de, hessen@dfg-vk.de

Landesverband Rheinland-Pfalz-Saar

Wittelsbacherallee 27, 60316 Frankfurt
www.dfg-vk-rlp.de, lv@dfg-vk.de

DFG-VK Aschaffenburg: (das liegt zwar in Bayern, zählt
aber DFG-VK-mäßig zu Hessen) c/o Gunnar Schedel (Ali-
bri Verlag), Hangstr. 3, 63768 Hösbach.

Tel.: 060 216262560, verlag@alibri.de

Bad Kreuznach: c/o Jürgen Locher,
Sigismundstr. 12, 55543 Bad Kreuznach.
juergenlocher@superkabel.de, Tel. 0671 62878

DFG-VK Darmstadt: Bessunger Knabenschule,
Ludwigshöhstr. 42, 64291 Darmstadt.

DFGVKDarmstadt@aol.com,

www.dfg-vk-darmstadt.de

Gruppentreffen: dienstags 20.00 Uhr

DFG-VK Frankfurt: Wittelsbacherallee 27, 60316
Frankfurt, Tel. 069 4980394, dfgvkffm@t-online.de

Pazifistischer Ratschlag: 2. Montag im Monat, 19:30 Uhr

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach Vereinbarung

KDV-Beratung-Kontakt: KDV-ffm@dfg-vk.de

KDV-Beratung-vor Ort: jeden Dienstag um 19 Uhr

Tel. 069 4980394, dfgvkffm@t-online.de

DFG-VK Friedberg: c/o Bernd Baier, Vorstadt zum Gar-
ten 4, 61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

DFG-VK Kassel/Nordhessen: Annastr. 11, 34119 Kassel.

KDV-Beratung kdv-kassel@dfg-vk.de

Tel. 0561 893027, kassel@dfg-vk.de

DFG-VK Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77,

35578 Wetzlar. Tel. 06441 25462, mo-wz@gaaa.org

DFG-VK Mainz-Wiesbaden: c/o Bürogemeinschaft,
Walpodenstr. 10, 55116 Mainz

Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat,
19.30 Uhr,

KDV-Beratung kdv-mz-wi@dfg-vk.de

dfgvkmz@web.de

www.dfg-vk-mainz.de

Radiosendung: Pazifissimus

Mittwochs in ungeraden Kalenderwochen 18 bis 19 Uhr im
Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

DFG-VK Marburg: c/o Rüdiger Bröhlhng,
Friedensplatz 4, 35037 Marburg.

marburg@dfg-vk.de

DFG-VK Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4,
63075 Offenbach. Tel. + Fax: 069 815128,

office@Connection-eV.de

DFG-VK Pfalz: erreichbar über DFG-VK Rheinland-
Pfalz, dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de

DFG-VK Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum,
Pfützenstr. 1, 54290 Trier. trier@dfg-vk.de

KDV-Beratung kdv-trier@dfg-vk.de

Westpfalz: klawir@web.de

Wiesbaden: siehe Gruppe Mainz-Wiesbaden

Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden!

Zum Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden
am 1. Dezember bittet die War Resisters' International
alljährlich um Solidarität mit Menschen, die weltweit wegen
ihrer Kriegsdienstverweigerung oder ihres Engagements für
Frieden inhaftiert sind. Ihre Namen und Gefängnisadressen
werden in der **Liste der Gefangenen für den Frieden** veröf-
fentlicht: (siehe www.wri-irg.org)

Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kartengrüße als
Zeichen der Solidarität und der Ermutigung in die Haft zu
schicken.

**Wir schreiben und verschicken die Karten mit Live-Musik
von Strohfeuer Express, Bildern von Aktionen, Speis und
Trank am Samstag, 5. Dezember 2026, 13 Uhr,
HerrBerts Kulturscheune, Untergasse 10,
55270 Zornheim**

www.ecovin-braunbeck.de/herrbertskulturscheune

Erreichbar mit der Mainz Stadtbuslinie 66

(Halt Hahnheimer Str.)



DFG-VK

Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Gruppe Mainz-Wiesbaden

c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr
KDV-Beratung kdv-mz-wi@dfg-vk.de
IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

dfgvkmz@web.de

www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK sind oft erhältlich im
Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr. 40, Mainz

